

Politik kompakt

Ex-Vizekanzler

Joschka Fischer schlägt neue Agenda 2010 vor

Köln Die schwarz-rote Bundesregierung braucht nach Meinung von Ex-Außenminister Joschka Fischer ein gemeinsames Projekt, um Vertrauen zurückzugewinnen. „Ohne gemeinsames Projekt will jeder von seinen Zielen möglichst viel durchbringen, und das kann nur scheitern“, sagte der Grünen-Politiker. „Man muss gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Und dieses Projekt kann derzeit nur die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sein.“ Fischer war von 1998 bis 2005 Außenminister in der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder. Bei der Agenda 2010 sei es so gewesen, dass die Grünen schon in der ersten Legislaturperiode auf Arbeitsmarkt- und Sozialreformen gedrängt hätten, sagte er. „Zunächst sind wir da kalt abgeblitzt, aber nach der Bundestagswahl von 2002 war es dann möglich.“ Von da an sei es ein gemeinsames Projekt gewesen, für das beide Parteien standen. (dpa)

Mecklenburg-Vorpommern

SPD nominiert Schwesig fast einstimmig

Wismar Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat bei ihrer Nominierung zur SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl einen harten Wahlkampf gegen die AfD angekündigt. Bei der MV-Wahl am 20. September geht es um eine Richtungsentscheidung, sagte die 52-Jährige. „Entweder Manuela Schwesig als Ministerpräsidentin mit einer starken SPD und einer starken, demokratischen, verlässlichen Regierung oder die Alleinherrschaft der AfD, die unser Land spalten will und die in unserem Land Extremisten an die Macht lassen will.“ Bei dem Parteitag in Wismar gaben ihr 98,9 Prozent der Delegierten ihre Stimme. Das waren 90 von 91 gültigen Stimmen. Schwesig gab in ihrer Parteitagsspreche das Ziel für die SPD aus, wieder stärkste Kraft im Schweriner Landtag zu werden. Sie wolle erneut Ministerpräsidentin werden und eine stabile Regierung. (dpa)



Manuela Schwesig setzt auf Sieg im September. Foto: Jens Büttner, dpa

Bundesdigitalminister

Wildberger hat Texte und Reden mit KI erstellt

Berlin Bundesdigitalminister Karsten Wildberger (CDU) gerät wegen Texten, die mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) erstellt wurden, in den Fokus. Ein Ministeriumssprecher bestätigte der *Deutschen Presse-Agentur*, dass Wildberger KI als Arbeitswerkzeug nutze, „weil er überzeugt ist, dass Deutschland den produktiven und zugleich maßvollen Umgang mit KI schnell lernen muss.“ *Die Zeit* hatte berichtet, Wildberger habe „offenbar“ mehrere Reden und Gastbeiträge für Zeitungen zu großen Teilen von künstlicher Intelligenz schreiben lassen. Die Texte seien mit einer Analysesoftware entsprechend untersucht worden. Dem Ergebnis zufolge stammte laut *Zeit* ein unter Wildbergers Namen im *Handelsblatt* veröffentlichter Artikel aus dem April 2026 fast vollständig von einer KI, ein Beitrag in der *FAS* vom März zum überwiegenden Teil. Eine Rede vor dem Atlantic Council in Washington, D. C. im Juli 2024 stammte laut *Zeit* komplett von einer KI, mehrere Reden im Bundestag zu größeren Teilen. (dpa)



„Lasst uns die Schweiz beschützen!“. Mit diesem Slogan warb die rechte SVP für ihre Initiative. Doch die Schweizer entschieden anders. Foto: Fabrice Coffini, afp

Schweizer Deckel scheitert

Keine zehn Millionen? Der Forderung, als einziges Land der Welt die Bevölkerungszahl zu begrenzen, erteilten bei einer Volksabstimmung rund 55 Prozent der Eidgenossen eine Absage. Doch Fachleute erwarten weiteren Streit.

Von Jan Dirk Herbermann

Bern Die Schweiz hat sich entschieden: Eine klare Mehrheit stimmte am Sonntag gegen eine Initiative der rechtswidrigen Schweizerischen Volkspartei zur strikten Begrenzung der Bevölkerung auf zehn Millionen. Das meldete am Nachmittag der Sender *SRF*: Laut einer Hochrechnung lehnten 55 Prozent der Stimmberechtigten die „Keine-10-Millionen-Initiative“ der SVP ab. Demnach votierten 45 Prozent für den SVP-Vorstoß, der ein weltweit wohl einmaliges Abschottungsexperiment ausgelöst hätte.

Die SVP reagierte enttäuscht auf die Niederlage. Der Abgeordnete Thomas Matter, der als „Vater“ der Initiative galt, betonte: „Die Gegner hatten keine Fakten-Argumente, es war eine reine Angstmacherei-Kampagne.“ Das Nein-Lager gab sich hingegen erleichtert. Die Sozialdemokraten (SP) sprachen von einem „historischen Sieg für eine soziale und offene Schweiz“. Cédric Wermuth,

Co-Präsident der SP Schweiz, erklärte, die SVP habe „zurück in dunkle Zeiten“ gewollt: „Zeiten, in denen Menschen ohne Perspektive und ohne Rechte in die Schweiz kamen und hier als billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden.“

Neben der SP hatten auch alle anderen großen Parteien die Initiative der SVP abgelehnt, das Vorhaben sei fremdenfeindlich, realitätsfremd und löse in der stabilen Schweiz „Chaos“ aus. Auch die Regierung, der Bundesrat, und das Parlament empfahlen den Schweizern, mit Nein zu stimmen.

Sie befürchteten bei einem Ja enorme Schäden für die Wirtschaft, die auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Zudem wäre das Verhältnis zur Europäischen Union massiv gestört worden. Im schlimmsten Fall hätten die Eidgenossen sogar das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen müssen, warnte die Regierung.

Immerhin kann sich die SVP zugehalten, dass sie einen großen Teil der Wähler von ihrem Vorhaben überzeugte. Das Thema Mi-

gration ist nach Meinung des Berner Politikwissenschaftlers Urs Bieri „nicht vom Tisch“. Die SVP werde sich weiter entschieden positionieren, erklärte er im Sender *SRF*.

Ende 2025 lebten laut Regierung rund 9,1 Millionen Menschen in der Schweiz. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002 ist die Bevölkerung den Angaben nach um rund

Die SVP gilt als ein Vorbild vieler Rechtsparteien.

1,7 Millionen Personen gewachsen. Den Anstieg führt die Regierung hauptsächlich auf die Migration zurück. Die SVP schlug aus dem Zuwachs ihr politisches Kapital: „Das brennendste Problem der Schweiz ist die Bevölkerungsexplosion. Wir ersticken.“ Hauptgrund für die Misere sei „die maßlose, unkontrollierte Zuwanderung“.

Die Partei rund um den Zürcher

Milliardär Christoph Blocher schob den Fremden die Schuld an fast allen Problemen zu: Die Nichtschweizer verursachten laut SVP die steigenden Mieten, die Wohnungsknappheit, die wachsende Kriminalität, einen Verlust der kulturellen Identität sowie überfüllte Züge und Staus auf den Straßen.

Zudem führte die SVP wirtschaftliche Argumente ins Feld: Die Fremden, so hieß es, verdrängen die Einheimischen vom Arbeitsmarkt: „Völlig absurd: Man holt ausländische Arbeitskräfte trotz hoher Arbeitslosigkeit!“ Gleichzeitig beklagte die SVP eine „Zuwanderung“ der Ausländer in den Sozialstaat.

Sie verlangte deshalb eine harte Grenze: Die ständige Schweizer Wohnbevölkerung sollte die Marke von zehn Millionen bis 2050 „keinesfalls überschreiten“. Falls doch, hätte die Regierung nach einer Frist die „bevölkerungstreibenden internationalen Verträge“ kündigen müssen. Dazu hätte das Freizügigkeitsabkommen mit der EU gehört: Ab 2050 sollte die Regierung den kritischen Grenzwert

jährlich „um den Geburtenüberschuss anpassen“ dürfen.

Schon bei einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen beabsichtigte die SVP, Alarm auszulösen. Ab dieser Schwelle hätte die Schweiz einen harten Kurs im Asylbereich einschlagen müssen.

Offiziell hatte die SVP ihren Plan auch „Nachhaltigkeitsinitiative“ genannt. Laut dem Zeithistoriker Damir Skenderovic wollte die Partei mit diesem Namen über ihre traditionelle Klientel hinaus Unterstützung gewinnen: „Allerdings transportiert die SVP in einer neuen ökologischen Verpackung ihre alte nationalistische und fremdenfeindliche Politik.“

Der Zeithistoriker wies auch auf die europäische Vorreiterrolle der SVP hin: „Rechtspopulisten aus Europa schauen seit Jahren auf die Schweizerische Volkspartei und applaudieren ihren Erfolgen in Abstimmungen, an der Urne und im öffentlichen Diskurs.“

Ein Ja zu der SVP-Initiative am Sonntag hätte eine starke Signalwirkung an die Rechtsparteien in Europa gehabt.

Linke fordert Übergewinnsteuer für Öl-Multis

Der Tankrabatt endet, die Koalition wartet ab – und die Oppositionspartei verlangt sofortige Eingriffe bei den Mineralölkonzernen. Gleichzeitig lassen viele das Auto öfter stehen.

Von Richard Mayr

Berlin Die Bundesregierung lässt mit dem Auslaufen des Tankrabatts die Menschen im Stich, sagt Sören Pellmann, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag exklusiv unserer Redaktion. „Mit dem Auslaufen des Tankrabatts zum Ende des Monats droht Millionen Menschen eine drastische Preisexplosion an den Tankstellen.“ Er schlägt schnelle Maßnahmen vor, nämlich eine Übergewinnsteuer und ein Gewinnmargendeckel für die Mineralölkonzerne. „Die Übergewinnsteuer würde die zu viel abgezockten Gelder zurückholen und der Gewinnmargendeckel dafür sorgen, dass die Konzerne nicht ungehindert jeden Mondbetrag auf ihre realen Kosten aufschlagen dürfen“, so Pellmann.

Andere Pläne verfolgt die schwarz-rote Koalition, wie Sepp

Müller (CDU) und Armand Zorn (SPD) vergangene Woche deutlich machten. Die Lage werde regelmäßig bewertet, bei Bedarf werde gezielt kleine und mittlere Einkommen sowie den Mittelstand entlasten. „Langfristig müssen wir unsere Energieversorgung weiter diversifizieren, Abhängigkeiten abbauen und die erneuerbaren Energien weiter ausbauen.“ Beide Politiker räumten ein, dass der Tankrabatt nicht zielgenau gewesen sei und zudem rund 800 Millionen Euro pro Monat gekostet habe.

An den Rohstoffmärkten sind die Preise für Öl in der vergangenen Woche gefallen. Gerade bewegen sich die Preise zwischen 85 und 88 Dollar je Barrel für das Nordseeöl Brent. Vor einer Woche lagen die Preise noch über 90 Dollar. Die Märkte haben damit auf die Aussicht auf ein Ende des Konflikts zwischen den USA und dem

Iran reagiert. Nach dem Ausbruch des Krieges waren die Preise von zuvor ungefähr 70 Dollar je Barrel im März 2026 auf 120 Dollar je Barrel gestiegen. Am 24. April hatte die Bundesregierung den Tankrabatt beschlossen, der daraus bestand, die Energiesteuer für Kraftstoff im Mai und Juni um bis zu 17 Cent pro Liter zu senken.



Bald könnte das Tanken wieder teurer werden. Im Juni läuft der Tankrabatt aus. Foto: Sven Hoppe, dpa

Die hohen Spritpreise der letzten Monate haben zudem Einfluss auf das Verhalten in Deutschland, wie eine Umfrage nun zeigt. Fast ein Drittel der Autofahrer in Deutschland lässt das Fahrzeug öfter stehen. „Bei den unter 30-Jährigen machen das sogar 35 Prozent“, berichtete die Teambank anhand ihres regelmäßig erhobenen „Liquiditätsbarometers“. „Gleichzeitig berichten 41 Prozent, dass ihre frei verfügbaren Mittel nach Abzug der Fixkosten wie Miete und Strom in den vergangenen zwölf Monaten geringer geworden sind.“ Für die Erhebung hat das Marktforschungsinstitut YouGov mehr als 3.000 Menschen repräsentativ befragt.

„Spritpreise sind für viele Menschen der Gradmesser ihrer persönlichen Inflation – und dieser Gradmesser schlägt gerade aus“, sagt Teambank-Chef Christian Polenz. Sein Institut gehört zur Grup-

pe der genossenschaftlichen Geldhäuser. Auf die Frage, wo sie am ehesten bereit wären, ihre monatlichen Ausgaben um 100 Euro zu reduzieren, nennt jeder fünfte Befragte in der Erhebung den Bereich Auto, Kraftstoff und Kfz-Versicherung. „Bei den über 50-Jährigen ist die Bereitschaft, hier zu sparen, seit September 2025 um sechs Prozentpunkte gestiegen – der deutlichste Anstieg über alle Altersgruppen hinweg.“

Als politische Maßnahmen nennen viele eine Senkung der Mehrwertsteuer. „47 Prozent verbinden damit eine spürbare Verbesserung ihrer eigenen finanziellen Situation. 32 Prozent nennen eine Spritpreispbremse.“ Der seit Mai geltende Tankrabatt hat den Inflationsschub in Deutschland gebremst. Im Mai lagen die Verbraucherpreise um 2,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, nach 2,9 Prozent im April. (mit dpa)